



# Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

25. September 2007

Nr. 598 R-362-16 Postulat Stefan Tresch, Silenen, per Internet und SMS abstimmen und wählen; Antwort des Regierungsrats

## 1. Ausgangslage

Am 5. Februar 2007 reichte Stefan Tresch, Silenen, mit 50 Mitunterzeichnenden ein Postulat "per Internet und SMS abstimmen und wählen" ein. Mit dem parlamentarischen Vorstoss wird der Regierungsrat ersucht, in einem Bericht abzuklären:

- die möglichen Vor- und Nachteile von Abstimmungen durch e-Voting;
- die daraus für Kanton und Gemeinden entstehenden Kosten;
- die Chancen einer grösseren Stimmbeteiligung;
- die benötigte Zeitdauer für die allfällige Einführung des e-Votings.

## 2. Antwort des Regierungsrats

Am 31. Mai 2006 hat der Bundesrat im Bericht über die Pilotprojekte zum Vote électronique Bilanz über die in den Jahren 2001 bis 2005 mit den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich durchgeführten Pilotprojekte gezogen. Im Bericht werden die Chancen und Risiken sowie die finanziellen Auswirkungen dargestellt. Danach erleichtert das e-Voting die Stimmabgabe. Dabei müssen aber auch Risiken in Kauf genommen werden. Die elektronische Stimmabgabe erfordert komplexe gesetzgeberische, organisatorische und technische Massnahmen. Technische Missbrauchsgefahren erfordern eine stetige Kontrolle und Weiterentwicklung der Sicherheitsmassnahmen.

Auf Grund des bundesrätlichen Berichts lässt sich die Frage nach einer allfälligen Erhöhung der Stimmbeteiligung nach der wissenschaftlichen Begleitung zahlreicher Pilotversuche unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht schlüssig beurteilen. Die Beurteilung dieser Frage ist sehr stark davon abhängig, wie gross das Potential des e-Voting bei Personen ist, die nie oder nur sporadisch an Volksabstimmungen teilnehmen.

Bei einer flächendeckenden Einführung des e-Voting in der Schweiz ist für eine Zehnjahresperiode insgesamt mit Kosten von 65,76 Mio. Franken bei einem für alle Kantone einheitlichen System, von 92,16 Mio. Franken bei sechs Systemen und von bis zu 400 Mio. Franken bei kantonalen Einzellösungen zu rechnen. Diesen Aufwendungen stehen - bei allen Systemen - mutmassliche Einsparungen bei der brieflichen Stimmabgabe von 27,86 Mio. Franken gegenüber. Damit liegen die Nettokosten der gesamtschweizerischen Einführung des e-Voting mindestens bei 37,90 Mio. Franken und höchstens bei knapp 400 Mio. Franken.

Es ist heute verfrüht, über den auf den Kanton Uri anfallenden Kostenanteil Aussagen zu machen. Denn die Einführung des e-Voting ist nur möglich, wenn zwischen Kanton und Gemeinden eine umfassende IT-Infrastruktur besteht. Eine solche ist bisher in Uri nicht vorhanden.

Zuerst muss der Bundesgesetzgeber die Rechtsgrundlagen schaffen, welche die Einführung des e-Voting in den Kanton unter Einhaltung einer geordneten Etappierung und vom Bund zu koordinierender Kontrollprozesse zulassen. Da ein Grossteil der Kosten für die Einführung des e-Voting bei den Kantonen und Gemeinden anfallen würde, wird es der Bundesgesetzgeber ihnen voraussichtlich freistellen, wann und wie sie das e-Voting für kantonale und kommunale Abstimmungen einführen wollen.

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Einführung des Vote électronique. Der Regierungsrat will jedoch zuerst die laufenden Bestrebungen auf Bundesebene, insbesondere die Schaffung der erforderlichen bundesrechtlichen Rechtsgrundlagen, abwarten. Sobald diese vorliegen, will er im Gleichschritt mit anderen Kantonen die Projektierung und Umsetzung im Kanton Uri angehen ohne jedoch dabei eine teure Vorreiterrolle wahrnehmen zu wollen.

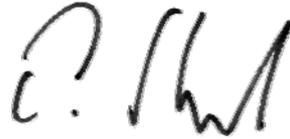
Der Regierungsrat ist somit bereit, das Anliegen des Postulats zum gegebenen Zeitpunkt zu prüfen und dem Landrat dazu Bericht zu erstatten.

### **3. Empfehlung des Regierungsrats**

Der Regierungsrat empfiehlt dem Landrat, das Postulat zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (Postulatstext und Unterschriftenliste); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Direktionssekretariat Justizdirektion und Justizdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats  
Standeskanzlei Uri  
Der Kanzleidirektor-Stv.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'E. Schwab', written in a cursive style.